

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einführung	1

Erster Teil:

Umgang mit behördlicher Geheimhaltung verfahrensrelevanter Umstände

A. <i>Anordnungsvoraussetzungen für Sperrerklärungen nach § 96 StPO (analog)</i>	21
I. Materielle Voraussetzungen	21
1. Vorliegen eines Geheimhaltungsgrundes.	21
2. Notwendigkeit der Geheimhaltung	24
II. Formelle Entscheidungsvoraussetzungen	26
1. Zuständigkeit der obersten Dienstbehörde.	26
2. Darlegungsobliegenheit	26
B. <i>Verwaltungsgerichtliche Prüfung der Behördenentscheidung</i>	28
I. Prüfung der Behördenentscheidung durch das Gericht der Hauptsache	29
II. „In camera“-Verfahren vor dem Fachsenat	32
1. „Akteneinsichtsrechts“-Beschluss	33
2. Gesetzliches Regelungskonzept	35
a) Erfordernis eines Antrags.	38
b) Entscheidungserheblichkeit des gesperrten Beweismittels	38
c) Prüfung der Sperrerklärung	41
d) Umgang mit fortbestehender Weigerung der Behörde.	42
III. Grundsätzlich keine Aussetzung des Strafverfahrens	43

C. Folgen behördlicher Beweiszurückhaltung im Strafverfahren	46
I. Neben dem Gehörsgebot zu beachtende Verfahrensgrundsätze.	49
1. Fairnessgebot und Konfrontationsrecht	49
a) Notwendigkeit behördlicher Geheimhaltung.	53
aa) Differenzierung zwischen Polizeizeugen und „disinterested witnesses“	55
bb) Maßgeblichkeit der Verantwortung für die Unmöglichkeit einer Zeugenkonfrontation	57
cc) Keine generelle Unverwertbarkeit von Aussagen anonymer Zeugen	59
b) Grad der Entscheidungserheblichkeit	60
aa) Bestimmung der Entscheidungserheblichkeit.	61
bb) Flexibilität des Beruhenskriteriums	62
cc) Verwertbarkeit konfrontierter Aussagen eines anonymen Zeugen	64
c) Kompensation der Verteidigungsbeschränkung.	65
aa) Verhältnis zwischen Beruhenskriterium und Kompensationserfordernis	67
bb) Verhältnis zwischen Notwendigkeitskriterium und Kompensationserfordernis	72
2. Untersuchungsgrundsatz.	72
a) Pflicht zur bestmöglichen Wahrheitsermittlung.	73
b) Janusköpfigkeit der Aufklärungspflicht.	75
c) Gesetzgeberische Spielräume.	77
II. Rückgriff auf mittelbare Beweise	78
1. Beweisverwertungsverbot nur bei willkürlicher Sperrerklärung?	82
a) Jedenfalls keine Bindung des Strafgerichts an willkürliche Sperrerklärungen	82
b) Keine Bindung an rechtswidrige Sperrerklärungen	83
c) Kein allgemeines Beweisverbot.	87
2. Möglichkeit einer Beschlagnahme	90
3. Anforderungen an die Beweiswürdigung.	94
a) Gebot vorsichtiger Beweiswürdigung	95
b) Unzureichende Kompensationspotenz der Beweiswürdigungslehre.	99
III. Einführung eines „in camera“-Verfahrens im Strafverfahren.	106
1. Schlechterstellung des Beschuldigten durch das Gehörsgebot	108
2. Notwendigkeit eines Antrags des Beschuldigten.	110
a) Zulässigkeit des Gehörsverzichts.	112
b) Disponibilität des Gehörsanspruchs.	115
c) Vereinbarkeit mit dem Unverzichtbarkeitsdogma des BVerfG	118

D. Zusammenfassung 119

Zweiter Teil:

Umgang mit Beweisanträgen

A. *Verfassungsrechtliche Verbürgung des Beweisantragsrechts* 136

 I. Verfassungsrechtlicher Gehalt des Beweisantragsrechts 137

 1. Alleinige Maßgeblichkeit des Gehörsgebots für die Reichweite des Beweisantragsrechts. 137

 a) Keine Maßgeblichkeit des Grundrechts auf ein faires Verfahren 137

 aa) Schutz des Beweisantragsrechts auch über das Fairnessgebot 137

 bb) Verdrängung des Fairnessgrundrechts durch den spezielleren Gehörsanspruch. 139

 b) Keine Verbürgung des Beweisantragsrechts im Gebot prozessualer Waffengleichheit 140

 2. Normgeprägtheit des verfassungsrechtlichen Gehörsgebots 141

 a) Bindungen des Gesetzgebers 142

 b) Bindungen der Rechtsprechung 144

 3. Pflicht zur Berücksichtigung nach Maßgabe der StPO „erheblicher“ Beweisanträge 145

 II. Anspruch auf Entscheidung in angemessener Frist 146

 1. Verbürgung des Anspruchs im innerstaatlichen Recht 148

 2. Konventionsrechtlicher Maßstab 150

 a) Kriterien für die Beurteilung der Angemessenheit der Verfahrensdauer. 150

 b) Auf den Anspruch gestützte Einschränkung der Beweisantragsrechts. 152

 aa) Keine generell zulässige Rechtsverkürzung aufgrund Grundrechtskollision mit Opferinteressen. 153

 bb) Zulässiger Rekurs auf kollidierende Ansprüche anderer Beschuldigter 154

B. *Kontrollmaßstab bei Urteilsverfassungsbeschwerden* 156

 I. Wechselhafte verfassungsgerichtliche Prüfungsdichte in Gehörsfällen 160

 II. Kontrolle fachgerichtlicher Entscheidungen auf Willkür 161

1. Offenlassen eines Gehörsverstoßes bei willkürlicher Rechtsanwendung.	162
a) Aktualität der Frage	162
b) Kritik am Rekurs auf den Willkürmaßstab.	165
c) Stellungnahme.	166
2. Art. 103 Abs. 1 GG als spezielles Willkürverbot	166
III. Vermittelnde Ansätze	169
1. Kontrolle am Maßstab der Schumann'schen Formel	169
2. Kontrolle allein der Wahrung eines verfassungsrechtlichen Mindestbestandes.	172
a) Steigen des Kontrollniveaus mit zunehmender Nähe zum Kern rechtlichen Gehörs	174
b) Orientierung der Prüfungsdichte am Menschenwürdekern	176
3. Unterscheidung zwischen Subsumtions- und Interpretationsfehlern	176
4. Stellungnahme.	178
IV. Strenge Kontrolle fachgerichtlicher Entscheidung	180
1. Engmaschige Kontrolle	181
2. Kritik an der Prüfungsdichte.	183
3. Für eine strenge Prüfung sprechende Gründe	185
C. Vereinbarkeit von Verkürzungen des Beweisantragsrechts mit Art. 103 Abs. 1 GG	187
I. Fristenmodell	189
1. Voraussetzungen einer Antragsablehnung wegen Verschleppungsabsicht	190
2. Zulässigkeit einer Beweisantizipation.	191
a) Relevanz des Zeitpunkts der Antragstellung?	193
aa) Keine Abmilderung durch Recht auf Beweiserhebung bei „begründeter“ Säumnis	194
bb) Chancen auf Beweiserhebung nach Fristversäumnis gering	195
b) Exkurs: Gefahr der Funktionslosigkeit verfassungsgerichtlicher Maßstäbe	195
II. Allgemeines Missbrauchsverbot als Schranke des Beweisantragsrechts?	199
1. Befürworter eines allgemeinen Missbrauchsverbots	202
2. Kritik am allgemeinen Missbrauchsverbot zur Ablehnung von Beweisanträgen.	203
a) Kritik am allgemeinen Missbrauchsverbot de lege lata	203
b) Verfassungsrechtliche Bedenklichkeit eines normierten allgemeinen Missbrauchsverbots	205

D. Zusammenfassung	208
------------------------------	-----

Dritter Teil:

Begründungserleichterungen als Fehlerquelle im strafgerichtlichen Revisionsverfahren

A. <i>Einfachgesetzliche Absicherung „richtigen“ Entscheidens im Verfahren nach § 349 Abs. 2 StPO</i>	221
I. Verwerfungsantrag	221
1. „Offensichtlich unbegründet“	226
a) Verfassungsrechtliche Notwendigkeit einer klaren Begriffsbestimmung	228
b) Unbeachtlichkeit des von einer Hauptverhandlung zu erwartenden Erkenntnisgewinns	231
c) Maßgeblichkeit der schnellen Erkennbarkeit der Erfolglosigkeit	233
2. Keine Hinweispflicht zu Offensichtlichem	236
II. Einstimmigkeit	238
1. Notwendigkeit strikter Handhabung	238
2. Modalität der Kenntnisnahme vom Verfahrensstoff	240
a) Verfassungsgerichtliche Billigung des Vieraugenprinzips.	240
b) Zweifel an der Wirksamkeit des Einstimmigkeits- erfordernisses	241
B. Funktionen gerichtlichen Begründens und ihre verfassungsrechtliche Herleitung	245
I. Akzeptanzfördernde Begründungsfunktionen	248
1. Richtigkeitsfunktion	249
a) Richtigkeit der Auslegung einfachen Rechts	250
aa) Herleitung aus der richterlichen Unabhängigkeit und Gesetzesunterworfenheit	250
bb) Herleitung aus dem Willkürverbot	252
b) Berücksichtigung einschlägiger Grundrechte	258
aa) Verfahrensrechtliche Aktivierung materieller Grundrechte.	259
bb) Herleitung aus dem strafrechtlichen Bestimmtheits- grundsatz	263

cc)	Herleitung aus dem rechtlichen Gehör	264
(1)	Eingeschränkte Begründungspflicht bei Revisionsverwerfungsbeschlüssen	265
(aaa)	Begründungsobliegenheit	265
(bbb)	Kammerrechtsprechung zu § 119 Abs. 3 StVollzG	268
(ccc)	Exkurs: Irrelevanz der Beruhensfrage bei Gehörsverstößen	271
(2)	Konventionsrechtlicher Maßstab	276
(3)	Zwischenergebnis	278
c)	Befriedungsfunktion	281
2.	Konsensfunktion	285
II.	Entscheidungsbegründung zwecks Kontrolle	286
1.	Gerichtliche Selbstkontrolle	286
2.	Rechtsschutzfunktion	288
3.	Fremdkontrollfunktion	292
III.	Begründungsfunktionen jenseits des Einzelfalls	293
1.	Entlastungsfunktion	293
2.	Rechtssicherheit	294
3.	Qualitätssicherung	295
C.	<i>Grenzen gerichtlicher Begründungsobliegenheit</i>	297
D.	<i>Zusammenfassung</i>	300
	Schluss	304
	Literaturverzeichnis	306
	Sachregister	337